

Millionen sind vorgemerkt

Vorbereitungen für Vergleich

Der Stuttgarter Wissenschaftsminister Peter Frankenberg hat im Doppelhaushalt 2007/2008 des Landes bereits 6,1 Millionen Euro aus dem Kunst- und Bibliotheksetat für das so genannte Drei-Säulen-Modell im Zusammenhang mit dem Handschriftenstreit vorgemerkt. Das geht aus einer Antwort des Wissenschaftsministeriums auf einen Antrag des Karlsruher Landtagsabgeordneten Johannes Stober (SPD) hervor. Nach Darstellung Frankenbergs haben Wirtschaft und Privatpersonen darüber hinaus bislang rund 3 300 Euro an Spendengeldern eingezahlt.

Der mit vier Millionen Euro größte Teil aus den bereits eingeplanten Haushaltsmitteln des Wissenschaftsministeriums kommt vom zentralen Ankaufsfonds der baden-württembergischen Museen, die beiden Landesbibliotheken in Karlsruhe und Stuttgart beteiligen sich demnach mit zusammen einer weiteren Million Euro. Hinzu kommt die Stiftung Kulturgut mit 500 000 Euro sowie das Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) mit weiteren 500 000 Euro. Der Zentralfonds für den Erwerb von Kunstgütern steuert laut Wissenschaftsminister Frankenberg 80 000 Euro bei.

Wie mehrfach berichtet, hat das Wissenschaftsministerium eine Expertengruppe damit beauftragt, die offenen Sach- und Rechtsfragen im Zusammenhang mit den Eigentumsverhältnissen an den Kulturgütern aus den früheren Beständen des Hauses Baden zu klären. Solange die Arbeit der Experten andauert, sind die Vergleichsverhandlungen mit dem Haus Baden ausgesetzt. Unbeschadet der bereits vorgemerkten Summen sei gegenwärtig noch völlig offen, „ob und gegebenenfalls in welcher Höhe Finanzierungsbeiträge aus verschiedenen Quellen erforderlich werden können“, so Wissenschaftsminister Frankenberg. Der Minister machte keine Angaben zu möglichen Fortschritten der Experten.

Die Sozialdemokraten werten die Vormerkung der Haushaltsmittel in Höhe von 6,1 Millionen Euro als Beleg dafür, dass sich der von ihr beantragte und abgelehnte parlamentarische Untersuchungsausschuss sehr wohl mit „abgeschlossenem Regierungshandeln“ befassen könnte. Die Mehrheit im Parlament hatte dies verneint.

Wolfgang Voigt